

Zeitungsblatt

Jahrgang 219

Samstagszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

nr. 227

Belegpreis: monatlich 3 M., vierteljährig 9 M., halbjährig 16 M., jährlich 30 M. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelhefte 10 Pfennig. Abnahme nach Vereinbarung. Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen, Verleger und Druckereien entgegen. Adressen sind im Verzeichnis der Buchhandlungen und Druckereien zu finden. Druckerei: Druckerei des Verlegers, Halle a. S., Postfach 1010.

Halle - Saale

Montag, 27. Sept. 1926

Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 10 mm betragende Zeilen zu 10 Pfennig. Kleinere Zeilen zu 15 Pfennig. Familienanzeigen 8 Pfennig. Sonntagsblätter 8 Pfennig. Die 3 Spalten 50 mm breite Familienanzeigen zu 10 Pfennig. Abnahme nach Vereinbarung. Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen, Verleger und Druckereien entgegen. Druckerei: Druckerei des Verlegers, Halle a. S., Postfach 1010.

Poincaré und die Kriegsschuldfrage

Die neueste Sonntagsrede Poincarés

Paris, 26. Sept. Poincaré hat heute auf der Einführung der Nationalunion der französischen Kriegsschuldigen in St. Germain eine Ansprache gehalten. Er verarbeitete den Kriegsschuldigen, daß ihre Wünsche und Beschwerden auf das sorgfältigste geprüft worden. Wenn es auch die Finanzlage der Regierung nicht erlaube, für den Rückgang aller Forderungen zu erfüllen, so können die Kriegsschuldigen doch übergezügelt werden, die Regierung ihre Verpflichtungen ihnen gegenüber nicht verfehlen werde. Die Kriegsschuldigen hätten das Volk geteilt, ein Verzicht gegen sie wäre trügerischer Verrat. Die Pflicht jeder Regierung sei es, am sie so häufig als möglich zur Aufrechterhaltung zu unterstützen. Der Fall für den Rückbau sei der Welt, der die Kriegsschuldigen befehle. Er sei eines der wertvollsten Güter, das Antriebsmittel. Die Empfindungen der Kriegsschuldigen seien weder kriegerisch noch aggressiv. Die Kriegsschuldigen können ebenfalls Diener des Friedens sein. Über ihr Verbleiben sei kein Grund für sie, auf ihren Stand zu verzichten.

In der Stunde, mo die Welt die Mißtrauen umhüllt eine Beispiel über die Welt gebracht hätten, sei es ihnen nicht in den Sinn gekommen, alle Deutschen ohne Unterscheidung für diesen Angriff verantwortlich zu machen. Gewissheit hätten sie allen Offizieren und Soldaten der feindlichen Armeen die Verbrechen vorgehalten, die sie in den überfallenen Ländern begangen hätten. (1) Die Kriegsschuldigen könnten jedoch nicht verstehen, daß Frankreich der Krieg erklärt worden sei, daß er sich auf französischem Boden spielte. Infolge der Verletzung eines ungelösten alten Eintrages und daß der Krieg durch die Verletzung aller internationalen Generalverträge mit unerlösten Garantien geführt worden sei. (1) Poincaré fuhr fort: „Ach, meine Freunde, wenn das Deutschland von heute offen gewisse Verbrechen des ehemaligen Deutschlands verurteilen würde, um wieder Leichter würde es sich sein. Das ist die Aufgabe der Welt, die die Schuldigen zu bestrafen und die Schuldigen zu bestrafen.“

Ministerpräsident Poincaré hat sich in seiner Rede erneut als der „alte“ Poincaré präsentiert, der wir Gelingen hatten, zur Genuge kennengelernt, die sein Leben zu einer Entschleunigung geworden waren, die sich mit fast mathematischer Regelmäßigkeit jeden Sonntag wiederholten. Damals war Poincaré allerdings noch Führer der Opposition und hatte es ansehnlich darauf angelegt, den militärischen und nationalen Geist, der seiner Auffassung nach unter der Regierung des Maréchal Rot litt, zu zünden und in aller Mitleid zu erkalten. Jetzt ist Poincaré Ministerpräsident des Kongressparlamentarismus und seine Worte haben natürlich auch ganz andere Bedeutung als früher. Seine neue Rede läßt fast in jedem Zug den alten Poincaré, wie man ihn kennt, betreten und weist nur wenig von dem neuen Geiste auf, der nach der Befreiung in Europa die deutsch-französischen Beziehungen befehlen soll. Er hat sich nicht verändert, doch nicht wieder in unüberwindlicher Weise das Schwerste und allerhöchste Bewußtsein gegen Deutschland aufzuweisen. Er hat jedoch, daß er jetzt Ministerpräsident ist und die Verantwortung trägt, und daß seine Worte infolgedessen jetzt einen ganz anderen Klang bekommen und eine ganz andere Wirkung haben. Von dem Geiste der beiden Poincarés und Briand dem Außenminister Poincarés, in Wort eingeleiteten Verhandlungssituation ist aber, wie gesagt, nicht viel zu verspüren. Seine Rede ist von zweierlei Gesichtspunkten aus beachtenswert. Was den eigentlichen Inhalt anbelangt, so spezifiziert er mit der alten Forderung der deutschen Alliierten am Weltkrieg, was er trotz der inzwischen erfolgten russischen, deutschen und selbst französischen Besprechungen übergezeigt ist, ja übergezeigt sein muß. Andererseits ist der Verfaller Vertrag für Poincaré noch immer sakrosankt und er weiß es, daß der Vertrag mit dem Schatzparagrafen fest und hält. Deshalb seine Arbeit mit allen Mitteln in der neuen Zeit.

Den Anfang zur neuesten Poincaré-Rede dürfte die viel erweiterte Rede Stresemanns vor der deutschen Kammer in Genf gezeichnet haben. Wenn der deutsche Reichsaußenminister am nächsten Tage in Genf in einer neuen Ansprache seine Ansichten geäußert hat, so ergreift Poincaré doch Gelegenheit, um die leidige Kriegsschuldfrage wieder aufzurollen und stellt sich damit in gewisser Beziehung in einen Gegensatz zu den Aussagen der alliierten Mächte an Deutschland, die vor dem deutschen Beitritt zum Völkervertrag bestritten, daß die Kriegsschuldfrage hierüber keine Rolle spielen würde.

Reichsminister Kühl über Außen- und Innenpolitik

Dresden, 26. September. Am Sonntag vormittag fand im großen Sitzungssaal des Landtages der außerordentlichen Parteitag der deutsch-demokratischen Partei statt. Reichsminister Kühl hielt den programmatischen Vortrag, in dem er sich zunächst über die außenpolitische Lage verbreitete. Die Art der Aufnahme Deutschlands in den Völkervertrag, so führte er aus, sei ein schlagender Beweis für die Wichtigkeit der Außenpolitik, die durch Verhandlung mit den Feinden von gestern den Weg zur Freiheit zu gewinnen suchen. Mit der Wiedererrichtung Deutschlands in die Weltöffentlichkeit der Welt und mit der Anerkennung der deutschen Republik als Großmacht sei

zunächst einmal ein ungeheurer moralischer Erfolg erreicht, dessen Bedeutung nicht zuletzt darin liegt, daß die Behauptung von der Allieierten Deutschland als Krieges nicht durch Deklarationen, sondern durch die Wucht der neueren historischen Tatsachen endgültig in die Verlesung verschoben sei, in die als frühe Erinnerungen und Kriegspolitologen Reaktionen hoffentlich in near fast noch andere Lebensbeispiel des Vertrages von Versailles miterfunden würden. Der moralische Erfolg müsse selbstverständlich von realpolitischen Auswirkungen getrennt sein. Dieser seien wir in der Hauptstadt die Gebenden gewesen, die den guten Willen zum beiderseitigen Frieden und zur europäischen Verständigung befehlenden. Deutschland habe jetzt einen klaren Anspruch auf Gegenseitigkeit. Völkerverträge, Locarno-Verträge und Damesabkommen verbergen als Ganzes gewürdigt die Voraussetzungen, unter denen nach Artikel 431 des Verfaller Vertrages ein Rechtsanspruch auf vorzeitige Rückzahlung des besetzten Gebietes besteht. Die deutsche Außenpolitik habe deswegen klare und von niemandem befehlbare Ziele vor sich: Mit der vom Völkervertrag garantierten Befreiung seiner Mittelgebirgsregionen betragen sich die Funktionen der Internationalen Kontrollkommission ebensowie, wie sich die weitere Befreiung des besetzten Landes mit der Innerlichkeit des Gebietes der Völkerverträge bezieht. Ausgleich und Verständigung werden unvollkommen sein, wenn nicht auch an der Saar politisch und wirtschaftlich normale Zustände erreicht werden könnten und wenn Deutschland nicht bei der ersten sich bietenden Gelegenheit in den Kreis der Mächte aufsteigen würde, die an der kolonialen Erschließung der Welt beteiligt sind. Wenn über die politische Verständigung mit Frankreich hinaus noch eine wirtschaftliche Entente erreichbar sei, so würde das mit Freunden zu begehren sein, und unter diesem Gesichtspunkt sei auch der Gehalts eines der ersten Entengemeinschaftlich bei dem Treuhänder für die Reparationen übergebenen Eisenbahnobligationen erörterungsfähig. Mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkervertrag sei die erste Etappe der Verständigung erreicht.

Die innere wirtschaftliche Entschleunigung bereite nach wie vor ernste Sorge. Anzeichen der Befreiung seien vorhanden, aber noch bedinge die Unterhaltung unseres Erwerbslosenheeres einen Millionenaufwand. Er sei zu begehren, daß sich die Rede Stresemanns und ihre Aufnahme seien auch in den Kreisen des Unternehmertums die Erkenntnis immer mehr durchsetze, daß eine befriedigende innerpolitische Situation nur erreicht werden könne, wenn die in der Sozialdemokratie aufgeschlossenen Kräfte der arbeitenden Bevölkerung in verantwortlicher Staatsleitung erhalten werden. Der in Genf unternommene Versuch, den Rückfall der Sozialdemokratie von der staatlichen Verantwortung als Kompromiß zu propagieren, sei ein schwerer und verhängnisvoller psychologischer Befehl.

Hergt über die deutsch-französische Annäherung

Das 26. September. Auf dem Landeshauptsaal der Deutschen Nationalen Volkspartei in Bayern, am Sonntag in Hof zum Jahresanfang, hielt u. a. auch Staatsminister a. D. Reichstagsabgeordneter Hergt als Hauptredner eine programmatische Rede, in der er sich besonders mit der Völkervertragslage in Genf beschäftigte. Er erklärte dabei an, daß Stresemann eine kluge und passende Eintrittsrede gehalten habe, was aber darauf hin, daß die Besetzung der Grenzgebiete ein Erfolg in Genf durchaus nicht aufsteife. Die Gleichberechtigung, die angeblich in Genf erzielt worden sei, bedeute für Deutschland nur ein Reagieren unter fremder Kontrolle. Die Militärkontrolle bestei weiter und werde in Zukunft auf Kosten der patriotischen Verbände erreicht bestehen. Diese Verbände aber seien eine Notwendigkeit für ein wiedererwachendes Volk. Das passivistische Reichsbanner könne niemals eine Jugend bringen, wie sie zum Wiederaufbau notwendig sei. Vieand habe von einer endgültigen Verständigung mit Deutschland gesprochen, Frankreich bestei alles, was es brauche, um Deutschland niederzuhalten. Deutschland in völliger Ohnmacht — so wolle Frankreich Frieden mit Deutschland schließen. Das deutsche Volk aber müsse gemerkt werden, um zu begreifen, was von solchen Friedensinsten in Wirklichkeit zu erwarten und zu halten sei. Die „Gesamtlösung“, die Stresemann bringen wolle, hätten die Deutschen nationalen von Anfang an verlanzt, aber nicht eine Gesamtlösung auf solcher Basis, wie sie Stresemann im Auge habe, sondern eine, in der die Gesamtheit aller kampfenden Kräfte zusammengefaßt sei. Man tue so, als ob wir heute alles mit Geld abmachen könnten, aber wie könne auf der einen Seite eine Revision des Damespates verlanzt und auf der anderen Seite mit vollen Gebilden aufwartet werden? Wenn erst einmal die Situationen eintrüben, die Welt und in einzelne Hände gelangen, denn seien wir Schuldner der ganzen Welt. Diese Kritik, so betonte der Redner weiter, dürfe aber nicht zum Selbstmord werden. Sie müsse ein Ende haben, wenn gegebene Zustände nicht ändern seien. Das sei jetzt der Fall. Den gegebenen Zuständen entsprechend, so erklärte Hergt mit besonderer Betonung, würden wir allmählich empfinden werden, aber uns ihrer Bewußtsein aller ihrer Ziele, die die Deutschen nationalen von jeder erstrebt hätten. Ein Volk mit dem Aussehen sei nicht grundständig abzulehnen, die Deutschen nationalen seien durchaus bereit, eine friedliche Verständigung mitzumachen, aber unter der Bedingung, daß die deutschen Lebensinteressen erhalten, daß die deutsche Freiheit erhalten bleibt. Die Deutschen nationalen erklärten sich nicht nur zu positiven Mitarbeit an den Regierungsgeschäften bereit, sondern sie bestanden sogar mit vollem Recht diese Mitarbeit.

Genfer Bilanz

von Frhrn. v. Freytag-Loringhoven, M. d. R.

Von 48 Nationen jubelt begrüßt, hat Deutschland seinen Einzug in den Völkervertrag gehalten. In diesem mehrfach von ihm verkündeten Satz hat der Außenminister Dr. Stresemann die Ergebnisse seiner Politik triumphierend aufumgekehrt. Auf dieser Grundlage fordert er für die Zukunft Vertrauen und Gelobung. Und nicht gering ist die Zahl derer, die sie ihm gewähren wollen, die da wirklich glauben, daß Großes erreicht sei und daß uns nun ein neuer Tag zu neuen Ufern führt. Aber die Dinge liegen in der rauhen Wirklichkeit anders aus, als die Genfer Festimmung sie sehen läßt. Schon der Jubel der 48 Nationen, der auf die deutschen Vertreter zu beruhend gewirkt zu haben scheint, verliert den Klang, wenn man sich durch einen Blick in die stenographischen Berichte der Völkerversammlung davon überzeugt, daß er eben so laut und herzlich erschallt, als Albanien und Aethiopien, Costa Rica und St. Domingo aufgenommen wurden, daß die ihnen gewidmeten Begrüßungswörter an Wärme hinter die nicht zurückstehen, mit der Briand Deutschland begrüßte. Es ist schade, daß Herr Dr. Stresemann sich von seinem Degetern für Völkerverdränger, Herrn von Bülow, einen Vortrag über die im Grunde übliche Regie hat halten lassen. Es ist eben so schade, daß die deutsche Presse an diesem Moment ganz vorübergegangen ist. Doch wichtiger als diese von Herrn Stresemann in den Vorbergriff gegebene Aufmerksamkeit ist selbstverständlich die Frage, ob denn die Aufnahme an sich als Wirklichkeit des Bundes und Mitglied des Rates einen Erfolg für Deutschland bedeutet.

Es ist richtig, daß die 1919 aus Anlaß der Friedensverträge in Genf geschlossene Völkervereinigung durch den Eintritt auf Ablehnung blieb. Richtig ist ferner, daß Frankreich sich dem Beitritt Deutschlands widersetzte. Erst wenn es dem Bunde angehört, werde Frankreich es ganz unter seinen Willen beugen können. Und was Litauen damals bereits hat, erlachte vier Jahre später auch Herriot. Von da ab ist der Eintritt Deutschlands von seinen Gegnern gelebter worden. Seine Vollziehung erscheint daher als ihr Erfolg. Es erscheint als solcher um so mehr, als Deutschland anfänglich in richtiger Erkenntnis dieser Sachlage Bedingungen stellte, die aber im Laufe der Zeit abgemildert wurden. Denn die Besetzung der Grenzgebiete mit einer Ausnahme, die in Wahrheit keine war, sämtlich fallen ließ. Am 29. September 1924, einen Monat nach der Annahme der Damespates, wandte Deutschland sich mit einer Note an die Ratsmächte, in der es sich um Beitritt bereit erklärte unter der Voraussetzung, daß es einen ständigen Ratshitz erhalte, daß es von der Teilnahme an Völkerverdrängerungen befreit, daß es zu gegebener Zeit am Mandatsystem beteiligt und daß im Eintritt seine Erneuerung des Befehlswortes zur Kriegsschuld gelassen werde. Nur die erste Forderung wurde bewilligt, eine Last, die um so weniger überfallen konnte, als die britische Regierung bereits im Juni 1919 in einer an das Parlament gerichteten Denkschrift die Bewilligung eines ständigen Ratshitzes an Deutschland als Selbstverständlich bezeichnet hatte. Ueber die dritte und vierte Forderung wurde stillschweigend hinweggegangen, die zweite ausdrücklich abgelehnt. Dabei ließ es dann auch trotz erneuter Andringen Deutschlands, so daß im März 1925 die Verhandlungen zum Stillstand kamen. Inzwischen aber war am 9. Februar 1925 das bekannte Sicherheitsangebot ergangen, das Dr. Stresemann mit zwei Ermüdungen zu rockfesteren hätte: er hätte aber er auf diese Weise ein drohendes englisch-französisches Bündnis hintertrieben, zweitens würde eine Anerkennung der Befreiungen zur Verfallung der Frage der Völkerverdränger. Beides war falsch. England und seine Dominions hatten das Genfer Protokoll abgelehnt, weil sie sich in den kontinentalen Streitfragen nicht festlegen wollten. Um so weniger kam ein Bündnis mit Frankreich in Betracht. Briand hat das denn auch in seiner Kammerrede vom 1. März 1926 unumwunden zugegeben — leider konnte Herr Dr. Stresemann diese Rede noch einen vollen Monat nur in einem unvollständigen deutschen Auszuge, nicht aber im Wortlaut. Vollends bedarf es keines Beweises, daß von einer Auflösung der Frage der Ditzgenz keine Rede sein könnte, selbst wenn diese Grenze nicht in Anlage D der Locarno-Verträge anerkannt worden wäre. Im Laufe der Locarno-Verhandlungen jedoch hatte die Erkenntnis in ihrer Note vom 16. Juni 1925 unumwunden die Forderung, daß Deutschland dem Völkervertrag beitrete. Eine notwendige Forderung wurde durch eine angebliche Erklärung des auf die Erstellung bestätigten Artikels 16 der Saugung geburt. Diese Erklärung bedeutete jedoch keineswegs die ursprüngliche verlangte Befreiung von der Teilnahme an Ergänzungen, sondern betonte vielmehr die Pflicht zu loyaler und wirksamer Mitarbeit. Der zuletzt gegebene Hinweis auf etwaige Besonderheiten der militärischen und geographischen Lage vermochte daran um so weniger zu ändern, als

Generalberichtigungen

1. Oktober.
Frankfurter A.G. für Auto- und Klein-Handel...

2. Oktober.
Gesellschaft für Seifen- und Kerzen-Handel...

Umgabener Briefe

Table with columns for location (e.g., Sächs. Leich. Pfand), date, and price.

Berliner Devisen-Kurs

Table listing exchange rates for various locations like London, New York, Rio de Janeiro, etc.

Berliner Börse

Berlin, 27. Sept. Die Börse der Rohstoffindustrie...

Leipziger Börse

Table with columns for location (e.g., Adm., Trip-Bk., Sächs. Bk.), date, and price.

Getreide und Produkte

Table listing prices for various grains and products like Weizen, Roggen, etc.

Wochen- und Monatsberichte

Der Rohstoffmarkt in der Zeit vom 17. bis 24. September 1926...

Beginn der Auto-Zufertigung am 1. Januar 1927

Die Produktion von Autos wird ab dem 1. Januar 1927...

Metalle

Table listing prices for various metals like Kupfer, Zinn, etc.

Dielt

Leipzig, 27. September. Auftrieb 277 Rinder...

Amerikanische Börsenberichte

Table listing stock market news and prices from New York and other US cities.

Eigene Drehmahlung. Berliner Börse vom 27. September 1926.

Large table listing various stocks and their prices, including companies like Deutsche Bank, Dresdner Bank, etc.

